

# SOZIALDEMOKRATISCHER SPD pressedienst

P/XXVII/56

23. März 1972

Verteidigung der freiheitlichen Ordnung

---

Ein notwendiges Wort zu 15 Jahren Wehrpflicht

Von Karl Wilhelm Berkhan MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-  
ministerium der Verteidigung

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Bittere Erkenntnisse für Dr. Rainer Barzel

---

Französische Haltung ändert sich nicht

Von Jochen Schulz  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Die Fackel ins Dunkle tragen

---

Zum 70. Geburtstag von Gustav Schmidt-Küster

Seite 5 und 6 / 55 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredaktion: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 886 848 / 886 847  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Verteidigung der freiheitlichen Ordnung

---

### Ein notwendiges Wort zu 15 Jahren Wehrpflicht

Von Karl Wilhelm Berkhan MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im  
Bundesministerium der Verteidigung

In diesen Tagen ist es genau fünfzehn Jahre her: Zum April des Jahres 1957 rückten die ersten Rekruten zur Bundeswehr ein, zum ersten Mal holte ein demokratischer deutscher Staat im Zuge einer gesetzlichen allgemeinen Wehrpflicht seine jungen Männer zum Dienst in die Kasernen. Vorangegangen waren heftige, teilweise sogar erbittert geführte Debatten im Deutschen Bundestag, wengleich die späteren Lesungen der Wehrgesetze von beispielhafter Sachlichkeit und hoher Verantwortung der Politiker aller Parteien gekennzeichnet waren. Ich will in diesem Zusammenhang vor allem an die gerade heute besonders lesenswerten Beiträge von Wolfgang Döring, Fritz Eiler, aber auch von Richard Jaeger erinnern.

Wir, die Parlamentarier, hatten uns, aber auch den Soldaten die Aufgabe nicht leicht gemacht, eine Bundeswehr, eine Streitmacht in einem demokratischen Rechtsstaat aufzubauen und zu unterhalten. Wenn es damals vor 15 Jahren beinahe reibungslos gelungen ist, so hatten und haben daran die Politiker und die Soldaten "der ersten Stunde" ebenso mitgewirkt wie die ersten jungen Wehrpflichtigen der späten fünfziger Jahre. Im praktischen Dienst zeigte sich damals sehr schnell, daß der "Ohne-mich"-Standpunkt jener Tage bei den gezogenen jungen Männern kein Echo fand. Freilich war dies nicht das Ergebnis einer ohnehin idealen staatsbürgerlichen Einstellung der Zwanzigjährigen und einer daraus gefolgerten Einsicht in die Notwendigkeit des Wehrdienstes. In gewisser Weise mag manchem Jungen das bis dahin unbekannte Gemeinschaftserlebnis, vielleicht auch das Erlebnis eines geordneten, durch Anweisungen geregeltes Lebens überrascht und befriedigt haben.

Es ist jedenfalls keine verklärende Rückschau, wenn man an das zu Beginn der allgemeinen Wehrdienstpflicht größere und weniger umstrittene Engagement der jungen Männer erinnert. Dies alles ist heute anders geworden, wobei sich der Hinweis empfiehlt daß diese Entwicklung seit etwa Mitte der sechziger Jahre, also nicht etwa - wie das einige heute weismachen wollen - seit Antritt der heutigen Bundesregierung zu beobachten ist.

Die Gründe scheinen auf der Hand zu liegen; niemand kann es jungen, gutverdienenden Männern verdenken, wenn sie unwillig ihren Wehrdienst antreten, während ein gutes Viertel ihrer Alterskollegen entweder gar nicht eingezogen oder als anerkannte

Wehrdienstverweigerer wegen fehlender Ersatzdienstplätze von jeglichem Dienst verschont bleiben. Es wäre jedoch oberflächlich allein hier den Grund dafür zu suchen, daß der Dienst "beim Bund" immer unwilliger abgeleistet oder ganz abgelehnt wird.

Die meisten westlichen Armeen - von den Östlichen erfahren wir darüber zu wenig - leiden unter dieser krisenhaften Erscheinung. Die Disziplin - jedenfalls diejenige, wie wir Älteren sie so sehen - scheint nicht mehr in Ordnung zu sein. Es mag sein, daß wir heute uns bequemen müssen, neue Formen und ein neues Selbstverständnis und ein daraus resultierendes neuartiges Pflichtgefühl zu akzeptieren. Mit den Mitteln von vorgestern die heute noch mögliche Disziplin erzwingen zu wollen, hieße bewußt auf ein Scheitern hinarbeiten. Die ersten, führenden Offiziere der Bundeswehr - mit General de Maizière ist nun wohl der letzte aus dem aktiven Dienst geschieden - hatten es Mitte der fünfziger Jahre fertiggebracht, zeitgemäße Führungsmethoden zur verbindlichen Richtschnur für den militärischen Führer zu machen. Heute geht es darum, die Bundeswehr in der veränderten "Umwelt" zu halten. Dabei geht es allein um den richtigen Modus, der einerseits die Effektivität, d.h. die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sichert, und der zugleich verhindert, daß die Gruppe der Soldaten nicht zu einer Gesellschaft sui generis in der Gesellschaft wird.

Wenn wir dies deutlich sagen und darüberhinaus immer wieder den Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit der Verteidigung und Fortschritten in einer allein auf Frieden zielenden Sicherheitspolitik erklären, dann dürfen, ja müssen wir strikt den gesetzlich begründeten Dienst verlangen. In einer Betrachtung zu fünfzehn Jahren Wehrpflicht in der Bundesrepublik schrieb ein Journalist vor kurzem: "Kein freiheitlich-rechtlich organisierter Staat kann jedes seiner Gesetze immerzu dem wechselnden Gewissensentscheid seiner Bürger unterwerfen".

Um es als ein Mitglied des Parlaments deutlich zu sagen, was gemeint: Auch unsere Abiturienten müssen dienen, ob in den Streitkräften oder im zivilen Dienst, damit sie den Rechtsstaat kennenlernen und zugleich erfahren, was zu seiner Aufrechterhaltung von jedermann zu fordern ist. In dem oben erwähnten Artikel hieß es am Schluß sehr zu recht: "Früher bedurfte es des Mutes, gegen die hohle nationale Phrasendrescherei aufzutreten; es wäre fatal, wenn es heute schon des Mutes bedürfte, an die soziale Pflicht zur Verteidigung der freiheitlichen Ordnung zu erinnern".

(-/ja/23.3.1972/fu)

+ + +

Bittere Erkenntnisse für Dr. Rainer Barzel

Französische Haltung ändert sich nicht

Von Jochen Schulz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Es ist nicht leicht für den Führer einer Oppositionspartei, die Regierung eines befreundeten Staates zu besuchen, die mehrfach öffentlich ihre Übereinstimmung mit der Politik der Regierung seines Heimatlandes bekundet hat. So ist Dr. Rainer Barzel um seinen Sondierungsbesuch in Paris gewiß nicht zu beneiden. Ohne dem Bericht vor seinen Parteifreunden am Freitag vorgreifen zu wollen, ist als Ergebnis seiner Reise festzuhalten, daß ihm in Paris die erwähnte Übereinstimmung zwischen der französischen Regierung und der Bundesregierung über die deutsche Ostpolitik noch einmal bestätigt worden ist.

Wenn Dr. Barzel ehrlich mit sich selber ist, wird er das Resumé ziehen müssen, daß sein Besuch bei Staatspräsident Pompidou und Außenminister Schumann für ihn nicht gerade lohnend gewesen war. Daran wird ganz gewiß auch sein Gespräch mit dem französischen Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing nichts ändern. Des Gesprächs Dr. Barzels mit dem französischen Staatspräsidenten hatte das von allen politischen Beobachtern erwartete Ergebnis: Pompidou blieb bei seiner, mehrfach öffentlich ausgesprochenen Befürwortung der Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung in Bonn. Er blieb damit auch im Einklang mit den beiden anderen westlichen Verbündeten. Trotz der in Bonn hohe Wellen schlagenden Spekulationen über die Mehrheitsverhältnisse bei der Anfang Mai bevorstehenden Abstimmung über die Ostverträge-Ratifizierung ist der Besuch Dr. Barzels von der französischen Presse übrigens nahezu unbeachtet geblieben.

Dr. Barzel ist zu klug, als daß er etwas anderes erwartet haben könnte. Es erhebt sich infolgedessen die Frage, welchen Zweck er eigentlich mit seinen Gesprächen in Paris verfolgt hat. Hierüber gibt es mancherlei Spekulationen. Es mag deshalb nicht einmal nur ein Ausdruck der Resignation sein, wenn Dr. Barzel im Anschluß an sein Gespräch mit Pompidou in Paris erklärte: "Es ist so, daß unsere Auffassungen hier bekannt sind, die hiesige Auffassung ist uns bekannt". Mit begrüßenswerter Offenheit erwiderte

er auf die feststellende Frage, daß sich also am Standpunkt des französischen Staatspräsidenten nichts geändert habe: "Nein! Wie sollte dies eigentlich auch?" Gewiß: Wie sollte das denn auch??

Alle übrigen Äußerungen Dr. Barzels über den Inhalt seiner Gespräche sind die Bestätigung von Selbstverständlichkeiten: Niemand in Frankreich wolle sich in die deutsche Entscheidung einmischen; man meine, die Debatte um die Verträge in der Bundesrepublik werde mit großem Ernst geführt, usw. usw.

Zwei Punkte der bisherigen Analyse der französischen Haltung durch den Oppositionsführer verdienen aber skeptische Beachtung. Er meint, daß die Rede des Generalsekretärs der sowjetischen KP, Leonid Breschnjow, eine sorgfältige Antwort verdiene, und daß man sich durch "die Lautstärke der Argumente" des führenden Mannes der Sowjetunion nicht "vom richtigen Weg abbringen lassen" dürfe. Gemeint ist natürlich der Weg der CDU/CSU.

Diese Äußerungen Barzels sind bemerkenswert deshalb, weil die CDU/CSU sowjetische Erklärungen immer dann ernst zu nehmen bereit war, wenn sie die Richtigkeit ihrer Politik zu bestätigen schienen. Dr. Barzel wird auch diesmal vor sich selber sowjetische Argumente nicht deshalb beiseite schieben dürfen, weil sie im Augenblick der CDU/CSU nicht in den Kram passen. Alle übrigen voreiligen Kommentare von zweitrangigen Politikern der CDU/CSU lassen leider die Befürchtung aufkommen, daß auch ihr erster Mann - zumindest gegenüber der Öffentlichkeit - die Bedeutung der Breschnjew-Äußerungen im Gegensatz zur Weltmeinung herunterzuspielen versuchen wird.

Dr. Barzel gab französische Äußerungen wieder, nach denen die deutsch-französische Freundschaft im Falle eines Scheiterns der Verträge nicht berührt würde. Er referierte damit sicherlich wahrheitsgemäß über lebenswürdige Erklärungen seiner Gesprächspartner. Seine politische Erfahrung indessen müßte ihn und andere davor warnen, "auf keinen Fall zu glauben" - wie er es formuliert -, daß ein Scheitern der Verträge das deutsch-französische Verhältnis beeinflussen werde. - Dr. Barzel wird sicherlich über die internationalen Konsequenzen eines möglichen Scheiterns der Ostverträge im Bundestag nachgedacht haben. Die Politik der Opposition in dieser Frage kann nicht die Frucht eines solchen Nachdenkens sein. Sie ist vielmehr der Ausfluß von - wenn auch falschen - innenpolitischen Überlegungen und der innerparteilichen Zerrissenheit der CDU/CSU. Dr. Barzel wird nach seiner Visite in Paris noch nachdenklicher geworden sein.

+ + + (-/va/23.3.1972/ks)

## Die Fackel ins Dunkle tragen

---

### Zum 70. Geburtstag von Gustav Schmidt-Küster

Am 25. Mai begeht Gustav Schmidt-Küster seinen 70. Geburtstag, den er ohne äußeren Aufwand im engsten Freundeskreis feiern will. In nahezu vier Jahrzehnten Tätigkeit als Buch- und Zeitungsverleger, als Buchhändler und Politiker ist Gustav Schmidt-Küster zu einer markanten Persönlichkeit im deutschen Verlagswesen und Buchhandel geworden. Der Name des von ihm gegründeten und ein Vierteljahrhundert geleiteten "Fackelträger"-Buchverlages in Hannover, sagt mehr über seine verlegerischen Intentionen aus, als es viele Worte vermöchten. Der Tradition und dem Bildungsauftrag der deutschen Arbeiterbewegung tief verhaftet, gehörte Gustav Schmidt-Küster zu denen, die die Fackel ins Dunkle trugen, damit es dort auch hell werde.

Sein Leben und Wirken hat sich im wesentlichen in den zwei Städten Magdeburg und Hannover abgespielt, die für die deutsche Sozialdemokratie historische Bedeutung haben. In Hohenwarleben, einem Ort in der Magdeburger Börde, geboren, wurde er Buchhändler und kam auch in den ersten Kontakt zum Zeitungsbetrieb. Sehr jung schon fand er den Weg zur sozialistischen Jugendbewegung, deren Ideale ihn prägen sollten, und zur SPD.

Nach 1933 erging es ihm wie tausenden anderen Aufrechten auch: Verhaftung, Berufsverbot, individueller Terror. Gustav Schmidt-Küster blieb seiner Überzeugung treu, und er wurde in diesen dunklen Jahren für viele andere Freunde der Helfer und der Verbindungsmann. Verhaftung und Terror erlitt er aber erneut nach 1945, als er als Vorsitzender des SPD-Bezirks Magdeburg sowjetischen und deutschen Kommunisten im Wege war, weil er gegen die

Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD auftrat.

In Hannover fand er 1947 seine neue Heimat und seine neuen Aufgaben. Zunächst als Verlagsdirektor der "Hannoverschen Presse", die er bis zum Sommer 1971 leitete und die im Kreise der deutschen Regionalzeitungen einen geachteten Platz einnimmt. Die "Hannoversche Presse" war als SPD-Zeitung gegründet worden und ihre Wirkung reichte weit in das Land Niedersachsen hinein. Schmidt-Küster erkannte bald, daß eine reine Parteizeitung keine Lebenschance mehr haben könne und ließ dem Blatt allmählich eine größere Bandbreite geben. Eine Entwicklung, die von seinem Nachfolger mit der "Neuen Hannoverschen Presse" erfolgreich fortgesetzt wird.

Diese 25 Jahre in Hannover, in die auch die schon erwähnte Gründung des "Fackelträger-Verlages", die Fortführung des traditionsreichen JHW Dietz-Verlages und die Gründung anderer Verlagsanstalten fallen, sind für Gustav Schmidt-Küster ganz zweifellos das Lebenswerk. Neben dem politischen Sachbuch, dem er sich besonders verpflichtet fühlte, nahm er mit dem "Fackelträger-Verlag" auch Einfluß auf das literarische Leben. Am deutlichsten wird das an der liebevollen Pflege, die er dem Gesamtwerk Wilhelm Buschs und Heinrich Zilles angedeihen ließ. Er gründete vor fünf Jahren die Heinrich-Zille-Stiftung und stiftete einen Preis für kritische Graphik, die er besonders förderte.

Seine Verdienste als Zeitungs- und Buchverleger und Leiter eines der größten graphischen Betriebe, der Hannoverschen Druck- und Verlagsgesellschaft, wurden 1967 von der niedersächsischen Landesregierung mit der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des niedersächsischen Verdienstordens gewürdigt. 1968 ernannte ihn die britische Königin zum Konsul von Malta in Hannover.

Wolfgang Fechner  
(-/ja/23.3.1972/ks.)